



Wahlprogramm der AktionsGemeinschaft für die ÖH Wahlen 2009

THEMENSCHWERPUNKT BILDUNGSPOLITIK	3
Bachelor als anerkannter akademischer Grad am Arbeitsmarkt	3
„Jedem Bachelor seinen Master“	3
Sommer- und Winteruni - zusätzliches Lehrveranstaltungsangebot.....	4
Qualitätssteigerung durch ausreichende Finanzierung Österreichs Hochschulen	4
Qualitätssteigerung durch besseres Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden	4
Mitbestimmungsmöglichkeiten an Fachhochschulen schaffen.....	5
Behebung des Studiengebührendilemmas.....	5
Neue Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	6
Internationalisierung & Erasmus.....	7
THEMENSCHWERPUNKT SOZIALPOLITIK	8
AktionsGemeinschaft - Damit die Finanzierung deines Studiums steht.....	8
Erhöhung und Indexanpassung bei Familien- und Studienbeihilfe	8
Einschleifregelung bei Überschreiten der Verdienstfreigrenze (Familienbeihilfe)	8
Anhebung der Verdienstfreigrenzen bei Familien- und Studienbeihilfe	9
Ausbau der Toleranzsemester im Bachelorstudium (Studienbeihilfe).....	9
Flexibilisierung der Finanzierung des Masterstudiums durch Studienbeihilfe	9
Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende	10
Versicherungsschutz für alle Studierende	10
Ausbau von Stipendien	11
THEMENSCHWERPUNKT INTERNATIONALISIERUNG.....	12
AktionsGemeinschaft – Die Europa Fraktion in der ÖH	12
Bessere Bedingungen für Jungakademikerinnen und Jungakademiker am Europäischen Arbeitsmarkt	12
ANHANG	14
Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH)	14
ÖH Wahlen.....	15
Lebenslauf des Spitzenkandidaten	16
Bundesvorstand der AktionsGemeinschaft	18
Ergebnisse der ÖH Wahlen 2007.....	19
Kandidaturen der Aktionsgemeinschaft 2009	24

Themenschwerpunkt Bildungspolitik

Die **AktionsGemeinschaft (AG)** sieht es als ihre Aufgabe, auf anstehende Aufgaben in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik hinzuweisen. Es ist an der Zeit, die im Tertiären Bildungssektor längst überfälligen Reformen im Sinne der Studierenden zu unterziehen. Einer Gesellschaft, die nicht ausreichend in ihre Zukunft und ihre Bildung investiert, wird bei der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft kein Erfolg bescheiden sein.

Die Politik muss für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der österreichischen Hochschulen sorgen, um Studierenden an allen Hochschulen die bestmögliche Ausbildung zu garantieren.

Die **AktionsGemeinschaft** setzt sich für ein verbessertes Hochschulsystem mit folgenden konkreten Änderungen ein:

Bachelor als anerkannter akademischer Grad am Arbeitsmarkt

Die ersten Bachelor-Jahrgänge werden mit hohen Studierendenzahlen ihr Studium in den kommenden Semestern abschließen. Derzeit werden vielen Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen Bezahlungen geboten, welche die von Maturantinnen und Maturanten nur geringfügig übersteigen. Die Umstellung auf das Bologna-System darf auf keinen Fall zum Nachteil für Studierende werden. Dafür muss der Bachelor als vollwertiger akademischer Abschluss vom öffentlichen Dienst bis hin zu den Unternehmen und den Interessensvertretungen anerkannt werden.

*Die AktionsGemeinschaft fordert daher eine vollwertige **Anerkennung des Bachelors** im öffentlichen Dienst und eine **breit angelegte Kampagne** zur Bewerbung des Bachelors. Weiters muss die Wirtschaft und Industrie den Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen lohnende, attraktive **Arbeitsplätze** bieten und die **gesetzlichen Hindernisse** müssen vom Gesetzgeber beseitigt werden.*

„Jedem Bachelor seinen Master“

Mit dem sogenannten „Bologna-System“ wurde auch in Österreich ein dreigliedriges Studiensystem eingeführt. Ziel ist es, dass der Abschluss eines (im Normalfall 6-semesterigen) Bachelorstudiums die Absolventinnen und Absolventen bereits als vollwertige Akademikerinnen und Akademiker dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wer sich weiter spezialisieren möchte kann dies in einem vertiefenden Master- und anschließenden PhD-Studium tun. Es muss jedoch garantiert werden, dass jede Bachelorabsolventin oder jeder Bachelorabsolvent, welche/r ein Masterstudium in seinem Fachbereich beginnen möchte, daran nicht durch Zulassungsbedingungen gehindert wird. Dies ist umso wichtiger zumal in vielen Bereichen der Wirtschaft Bachelorabsolventinnen und Absolventen noch nicht voll akzeptiert werden.

*Die AktionsGemeinschaft fordert daher den **freien Zugang zum Masterstudium**, zumindest im jeweiligen Fachbereich.*

Sommer- und Winteruni - zusätzliches Lehrveranstaltungsangebot

Jede Studentin und jeder Student sollte in der Lage sein ihr oder sein Studium in der vorgesehenen Zeit abzuschließen. Dies wird aufgrund von fehlenden Lehrveranstaltungsplätzen jedoch oftmals unmöglich gemacht. Zusätzlich gibt es im Sommer drei Monate und im Winter (meist) einen Monat, welches an den meisten Universitäten derzeit nicht für Lehrveranstaltungen genutzt wird. Auch in dieser Zeit sollten von den Universitäten (geblockte) Lehrveranstaltungen angeboten werden, welche die Studierenden freiwillig und zusätzlich absolvieren können um so ihr Studium in Regelstudierendauer bzw. schneller zu absolvieren. Die Infrastruktur der Universitäten könnte somit auch effektiver genutzt werden. Solche Angebote existieren bereits an mehreren Universitäten bzw. Fakultäten wo die AG in der ÖH-Exekutive ist (WU, Juridicum, BWZ, ...) und ist an anderen in Verhandlung (Boku, ...).

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher eine Einführung, beziehungsweise **Ausweitung von Lehrveranstaltungen** in der sogenannten **lehrveranstaltungsfreien Zeit**, die jede Studentin und jeder Student freiwillig wahrnehmen kann.*

Qualitätssteigerung durch ausreichende Finanzierung Österreichs Hochschulen

Eine Investition in Bildung ist eine Investition in unser aller Zukunft! Über Jahrzehnte hinweg wurde das Hochschulbudget viel zu gering angesetzt. Die Studierendenzahlen sind in den letzten Jahren gestiegen, eine Aufstockung der finanziellen Mittel blieb jedoch aus. Wir begrüßen die jüngsten Aussagen, dass das Geld für die Universitäten in der Leistungsvereinbarungsperiode 2010 bis 2012 erhöht wird, das ist nicht zuletzt ein Erfolg der AG geführten Bundes ÖH; man sieht, dass sich konstruktive Zusammenarbeit lohnt.

Langfristig müssen die Ausgaben des tertiären Bildungssektors von derzeit rund 1,3 % des BIP auf mindestens 2 % erhöht werden, um den Studierenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu garantieren.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher, dass der Fahrplan in Richtung **2 % des BIP** gestrafft werden, sodass das Ziel wesentlich früher erreicht werden kann.*

Qualitätssteigerung durch besseres Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden

Ein Hauptkennzeichen für Qualität im Hochschulsystem ist ein gutes Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden. In diesem Punkt hat Österreich enormen Aufholbedarf. Laut dem jüngst veröffentlichten Universitätsbericht 2008 beträgt die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden derzeit 1 zu 104. Tagtäglich leidet die Qualität im Studium an überfüllten Hörsälen, Problemen mit katastrophalen Anmeldesystemen und langen Wartelisten. Dieser Mangel wurde, an den man sich leider schon viel zu lange gewöhnt hat, die letzten Jahre lediglich verwaltet.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher, dass ausreichend **finanzielle Mittel** in die Lehre fließen, um den Studierenden eine **angemessene Betreuung** in ihrer Ausbildung ermöglicht wird. Weiters fordern wir eine **externe, unabhängige Qualitätssicherungsagentur**, die*

damit beauftragt wird, Lehr- und Vortragstätigkeit von Professorinnen und Professoren zu evaluieren.

Mitbestimmungsmöglichkeiten an Fachhochschulen schaffen

Seit Dezember 2007 sind die Studierenden an Fachhochschulen Mitglieder der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH). Das garantiert den Studierenden an den Österreichischen Fachhochschulen erstmals eine flächendeckende, gesetzlich verankerte Studierendenvertretung. Durch die Integration in die ÖH hat sich im Studienrecht leider noch nicht viel geändert. Die tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten sind sehr spärlich ausgeprägt, im Fachhochschul-Studiengesetz (FHStG) sind kaum Regelungen zur Mitbestimmung vorgesehen.

Die AktionsGemeinschaft fordert daher:

- *Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende an jedem FH-Studiengang in einem einzurichtenden „**Studiengangskollegium**“.*
- *Schaffung eines kollegialen Entscheidungsorgans, ähnlich dem FH-Kollegium, an allen österreichischen Fachhochschulen. Bislang haben nur 12 von 20 FH-Erhaltern ein sogenanntes „**Fachhochschul-Kollegium**“ eingerichtet.*
- *Mitgliedschaft von zwei Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden im **Fachhochschulrat**.*
- *die Schaffung von gesetzlich verankerten **studienrechtlichen Mindeststandards**.*
- *eine **Novellierung** des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes (HSG) um die zweideutige Rechtslage, die die FH-Studierendenvertretung zurzeit innehat, zu bereinigen.*

Behebung des Studiengebührendilemmas

Das im September 2008 beschlossene Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren ist höchst reparaturbedürftig. Der Ausnahmenkatalog ist lange und unübersichtlich, die Hochschulen müssen viel Geld für die Administration des entstehenden Verwaltungsaufwandes locker machen und es ist damit zu rechnen, dass jene welche noch Studiengebühren bezahlen nur mehr die Leute finanzieren welche mit der Verwaltung des bürokratischen Aufwandes zuständig sind. Weiters wurde beim Beschluss dieses Gesetzes vollkommen auf die Abschaffung der Gebühren für die zahlreichen Fachhochschulstudierenden vergessen. Es ist nicht nachvollziehbar wieso nur gerade diese Gruppe von Studierenden in dieser Form diskriminiert wird.

*Die AktionsGemeinschaft fordert daher eine **Abschaffung der Studiengebühren** an allen Hochschulen für alle Studierenden.*

Neue Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

Die AG fordert eine schlagkräftige Vertretung und stärkere Einbindung der PH Studierenden in der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH). Als erster Schritt wurde die Einrichtung eines eigenen Referates für pädagogische Angelegenheiten bereits von uns erreicht. Somit kann in den Bereichen Service und Beratung besser auf die Bedürfnisse der PH Studierenden eingegangen werden und die ÖH durch Vernetzung und mehr Arbeitskapazität ihre Rolle als Interessenvertretung auch der PH Studierenden ausbauen. Studierende an den PHs sind momentan in einer totalen Umbruchphase. Sie brauchen daher gemeinsam mit den Lehramtstudierenden eine effektivere und wirkungsvollere Vertretung als jahrelang von anderen Exekutiven geboten wurde. Nachdem die PHs immer noch im BMUKK verankert sind, ist es hier wichtig zwischen Wissenschaftsministerium und Unterrichtsministerium zu koordinieren. Auch hier hackt sich die AG ein und will für die PHs eine starke Vertretung sein, die den Überblick behält.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher eine **einheitliche, moderne und zukunftsweisende Ausbildung für Studierende an den PHs.***

Die neue Lehrerinnen- und Lehrerausbildung wird zurzeit mit einer Expertinnen- und Expertengruppe debattiert – ohne Einbindung der Studierenden an den PHs. Diese soll die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer im Jahr 2020 erarbeiten. Die AG spricht sich hier für rasche Reformen und deren Umsetzung aus. Eine Neuerung und Adaptierung der Pädagogischen Ausbildung ist unerlässlich, diese darf aber auf keinen Fall ohne die direkt betroffenen Studierenden passieren. Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer haben ein Anrecht darauf, bei der von ihnen gewählten Ausbildung mitreden zu dürfen. Die AG spricht sich hier deutlich für mehr Durchlässigkeit zwischen den einzelnen pädagogischen Ausbildungen an Unis wie auch an PHs aus. Weiters fordern wir eine rasche Umsetzung eines Masterstudiums um die Pädagogische Ausbildung nicht zu einer Sackgasse werden zu lassen.

Ausbildungsmodell: Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

4. + 5.	AHS Oberstufe	MEd (spez.)	MEd (spez.)
2. + 3.	AHS & HS Unterstufe	VS*	BAKIP
1.	Gemeinsames Jahr		

* Aufbaustudium möglich

Internationalisierung & Erasmus

Internationale Kompetenz ist gefragt, ganz besonders dann, wenn es darum geht, einen ansprechenden Job zu finden. Sehr gut funktioniert an unseren Universitäten und Fachhochschulen das ERASMUS-Programm. Dennoch übersteigt die Zahl der nachfragenden Studierenden sehr häufig die Zahl der angebotenen Plätze. Dadurch kommen viele Studierende nicht in die Möglichkeit, überhaupt ein Auslandssemester absolvieren zu können, welches in der heutigen Zeit jedoch eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Zudem müssen Erasmus Plätze hinsichtlich ihrer Qualität überprüft werden. Denn einfach nur ein Semester lang im Ausland zu verweilen reicht nicht aus. Den Erasmus Studierenden soll ein hochqualitatives Studium geboten werden um vom Auslandsaufenthalt auch profitieren zu können.

Ein Auslandsaufenthalt ist für die meisten von uns auch eine Frage des Geldes. In Großbritannien zum Beispiel sind die Lebenshaltungskosten um ein vielfaches höher als in Österreich. Dieser Unterschied wird durch die diversen Stipendien nur unzureichend ausgeglichen.

Die Stunde der Wahrheit schlägt nach der Rückkehr aus dem Ausland jeder Studentin und jedem Studenten. Werden meine Prüfungen und Kurse anerkannt? Werde ich das Stipendium zurückbezahlen müssen? Derlei Fragen stellen sich viele. Bei Programmen wie Erasmus stellt sich dieses Problem deutlich seltener als bei sog. Free-Movern, aber immer noch bei deutlich zu vielen, weil im vorhinein einfach nicht eruierbar ist, welche Vorlesungen, Kurse oder Seminare im kommenden Semester angeboten werden.

In all diesen Bereichen herrscht akuter Handlungsbedarf, um der Internationalisierung aus studentischer Sicht ideal begegnen zu können.

Die Aktionsgemeinschaft fordert daher:

- *eine markante Anhebung der **Stipendien** für Auslandsaufenthalte.*
- *eine **Flexibilisierung** der Programme für Auslandsstudien.*
- *eine **Ausweitung** der Programme außerhalb Europas.*
- *eine **deutliche Steigerung** der verfügbaren Plätze.*
- *Maßnahmen zur **Feststellung** und **Sicherung** der Qualität dieser Programme.*
- *eine Verbesserung der Stellung von sog. **Free-Movern**, insbesondere bei der Anerkennung und bei der Gewährung von Unterstützungen (Stipendien auch wenn man nicht am Erasmus Programm teilnimmt).*
- *einheitliche Regeln zur **Anerkennung** Europaweit.*
- *Verantwortlichkeit und Gebundenheit der Anerkennungsorgane an **Richtlinien des Senates** zur Anerkennung.*

Themenschwerpunkt Sozialpolitik

AktionsGemeinschaft - Damit die Finanzierung deines Studiums steht

Die Finanzierung des eigenen Studiums ist das wohl wichtigste Anliegen einer jeden Studentin oder eines jeden Studenten. Die gesetzlichen Regelungen zur Familien- und Studienbeihilfe sind jedoch reformbedürftig und unter anderem noch immer nicht vollständig an die neue Bologna Studienarchitektur angepasst.

Die **AktionsGemeinschaft** setzt sich für ein verbessertes Beihilfensystem mit folgenden konkreten Änderungen ein:

Erhöhung und Indexanpassung bei Familien- und Studienbeihilfe

Studien- und Familienbeihilfe stellen die grundlegende Finanzierung des Studiums dar. Mehr als 42.000 Studierende werden durch die Studienbeihilfe bei der Finanzierung ihres Studiums unterstützt, die Familienbeihilfe wird für rund 110.000 Studierende laut Universitätsbericht 2008 bezogen.

Einhergehend mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten der letzten Jahre müssen auch die Familien- und Studienbeihilfe erhöht und auf jeden Fall indexangepasst werden. Die Erhöhungen der letzten Zeit decken nicht einmal die Inflation ab.

Als Beispiel für die Familienbeihilfe: Laut Statistik Austria betrug die Inflation seit dem Jahr 2000 18,3 %. Somit müsste die Familienbeihilfe für Studierende über 19 Jahre schon bei mindestens 180 Euro liegen. Auf ein Jahr gerechnet ergibt das eine Erhöhung von 360 Euro.

Als Beispiel für die Studienbeihilfe: Die Höchststudienbeihilfe lag vor der Erhöhung um 12 % im Jahr 2007 bei 606 Euro monatlich. Inflationsangepasst würde die Beihilfe bei 717 Euro liegen. Durch die Erhöhung von 12 % liegt sie aber nur bei 679 Euro.

Studienbeihilfenbezieherinnen und Studienbeihilfenbezieher entgeht somit ein Betrag von 450 Euro jährlich. Die Erhöhung im Jahr 2007 um 12 % war zwar gut gemeint, gleicht jedoch nicht die Inflation der letzten Jahre aus.

*Die AktionsGemeinschaft fordert daher eine **Erhöhung** der Familien- und Studienbeihilfe.*

Einschleifregelung bei Überschreiten der Verdienstfreigrenze (Familienbeihilfe)

Um die Familienbeihilfe nicht zu verlieren dürfen erwerbstätige Studierende jedoch nicht mehr als 9.000 Euro pro Kalenderjahr verdienen, andernfalls müssen sie die bisher in diesem Jahr bezogene Familienbeihilfe komplett zurückbezahlen. Diese Regelung ist sowohl sozial ungerechtfertigt als auch in übertriebenem Maße radikal.

Ein Beispiel aus der Praxis: Ein Student arbeitet neben dem Studium und verdient während des Studienjahres 7.000 Euro. In den Sommermonaten hätte er Zeit, sich Geld für die nächsten Monate zu erwirtschaften. Im März des nächsten Jahres würde er dann jedoch vom Finanzamt einen Bescheid bekommen, dass er die gesamte bezogene Familienbeihilfe vom Vorjahr, also über 2.000 Euro zurückzahlen muss.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher eine **Einschleifregelung** bei Überschreitung selbiger. Denn bei Überschreiten der Verdienstfreigrenze sollte nicht die gesamte bezogene Familienbeihilfe zurückbezahlt werden müssen, sondern nur der die Grenze überschreitende Betrag.*

Anhebung der Verdienstfreigrenzen bei Familien- und Studienbeihilfe

Erwerbstätigkeit neben dem Studium ist im Moment die Realität. Mehr als 70 % der erwerbstätigen Studierenden arbeiten laut Studierendensozialerhebung 2006 um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, etwa weil sie nicht die notwendige finanzielle Unterstützung der Eltern bekommen, 50% der erwerbstätigen Studierenden geben auch an für ihren späteren Beruf Zusatzqualifikationen zu sammeln. Rund 40% aller Studierenden geben an, während des gesamten Semesters erwerbstätig zu sein.

Die geltenden Verdienstfreigrenzen, also der Betrag der neben dem Studium verdient werden kann, bei Familien- und Studienbeihilfe sind unterschiedlich hoch und uneinheitlich geregelt. Eine Vereinheitlichung beider Grenzen dient dazu, dass auch Studienbeihilfenbezieherinnen und Studienbeihilfenbezieher die Zuverdienstgrenze voll ausschöpfen können. Eine Anhebung auf 10.000 Euro ist notwendig, um zu gewährleisten, dass Studierende die Möglichkeit bekommen für ihr dazu zu verdienen und auch Berufserfahrung sammeln können.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher die **Vereinheitlichung** und gemeinsame Anhebung der Verdienstfreigrenze auf **10.000 Euro**.*

Ausbau der Toleranzsemester im Bachelorstudium (Studienbeihilfe)

An vielen Hochschulen in Österreich ist es schwierig bis unmöglich sein Studium in der vorgesehenen Mindestzeit abzuschließen. Deswegen sehen die staatlichen Beihilfen (Familienbeihilfe, Studienbeihilfe) auch ausdrücklich Regelungen vor, die es Studierenden ermöglicht, die Beihilfe länger als die vorgesehene Mindestzeit zu beziehen. Laut UniStEV haben im Studienjahr 2007/08 nur rund 35% aller Bachelorstudierender an Universitäten ihr Studium in Toleranzzeit abgeschlossen. Doch mit der Einführung der Bachelorstudien wurden die bisher vorgesehenen zwei Toleranzsemester bei der Studienbeihilfe sogar auf nur noch eines gekürzt. Im Gegensatz dazu werden bei der Familienbeihilfe sehr wohl noch 2 Toleranzsemester gewährt. Dies stellt eine Ungleichbehandlung gerade derjenigen Studierenden dar, welche sozial und finanziell schlechter gestellt sind und beraubt diese in der Endphase ihres Studiums ihrer finanziellen Grundlage.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher ein **zweites Toleranzsemester** bei der Studienbeihilfe für Bachelorstudierende.*

Flexibilisierung der Finanzierung des Masterstudiums durch Studienbeihilfe

Die derzeitige Rechtslage sieht Beschränkungen vor, durch welche Studierende um ihre finanzielle Unterstützung im Masterstudium umfallen. So gibt es keine Studienbeihilfe im Masterstudium für Studierende, die beim Bachelorstudium die Studiendauer um mehr als zwei Semester überschritten haben.

Ein Beispiel: Eine Studentin, die berufstätig ist, absolviert ihr Bachelorstudium in neun Semestern. Nach der derzeitigen Rechtslage würde die Studentin keine Studienbeihilfe mehr für das anschließende Masterstudium bekommen. Außerdem muss der Master innerhalb von 24 Monaten begonnen werden, um noch Beihilfe zu bekommen.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert eine **finanzielle Unterstützung** im Masterstudium unabhängig davon, wie lange man für ein Bachelorstudium gebraucht hat.*

Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende

Laut unidata waren in Österreich im Wintersemester 2008 47.051 ausländische Studierende an Universitäten und 3706 Studierende an Fachhochschulen zum Studium in Österreich gemeldet. Rund 10.000 Studierende davon kommen aus Drittstaaten in Europa. Ausländische Studierende aus Nicht EU-Ländern sehen sich oft mit großen Problemen konfrontiert. Neben Sprachproblemen fehlt oft die notwendige finanzielle Unterstützung. So geben rund 36% aller Studierenden mit nicht- deutscher Muttersprache, die ihre Reifeprüfung im Ausland abgelegt haben, an, mit ihren finanziellen Mitteln schlecht auszukommen (Studierendensozialerhebung 2006). Dennoch ist es für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger nur unter strengen Voraussetzungen möglich in Österreich zu arbeiten. Dies macht das Studium für viele ausländische Studierende nahezu unmöglich.

Als Beispiel aus der Praxis: Eine Studentin aus Serbien hat dort eine deutschsprachige Schule besucht und diese mit Auszeichnung abgeschlossen. Ihre Eltern sind nicht in der Lage sie finanziell ausreichend zu unterstützen. Ihre Bemühungen in Österreich einen Nebenjob zu bekommen scheitern, obwohl mehrere Unternehmen grundsätzlich bereit wären sie anzustellen, dies jedoch aufgrund einer fehlenden Arbeitserlaubnis nicht möglich ist. Nach der von der Aktionsgemeinschaft geforderten Regelung könnte diese Studentin ihr Studium in Österreich abschließen und hier einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert daher eine **Arbeitserlaubnis** für ausländische Studierende zum Beispiel gebunden an einen Leistungsnachweis. Weiters fordern wir das **passive Wahlrecht** für ausländische Studierende.*

Versicherungsschutz für alle Studierende

Können Studierende nicht mehr mitversichert sein, haben sie die Möglichkeit, sich in der studentischen Selbstversicherung günstig zu versichern. Im Jahr 2007 nahmen rund 25.000 Studierende diese Versicherungsart in Anspruch (laut Universitätsbericht 2008). Diese knüpft bei ihren Voraussetzungen jedoch an die Studienbeihilfe. So kann wegen verspätetem Studienwechsel oder Überschreiten der Verdienstfreigrenze der Versicherungsschutz fallen.

Ein Beispiel: Ein Student, der nicht bei den Eltern mitversichert ist, wechselt nach drei Semestern sein Studium. Die studentische Selbstversicherung kann er drei Semester lang nicht in Anspruch nehmen, weil er zu spät gewechselt hat. Die allgemeine Selbstversicherung kann er sich jedoch wegen der Beitragshöhe nicht leisten.

*Die Aktionsgemeinschaft setzt sich deshalb dafür ein, dass alle Studierende in Österreich **Versicherungsschutz** genießen können und fordert deshalb, dass die strengen Regelungen für den Bezug der studentischen Selbstversicherung fallen.*

Ausbau von Stipendien

Damit der wissenschaftliche Nachwuchs in Österreich gefördert wird, sollen Leistungen belohnt und wissenschaftliche Projekte gefördert werden. Auch ausländische Studierende, die eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen, sollen durch Leistungsstipendien belohnt werden können. 2008 wurden die Leistungs- und Förderungsstipendien bereits erhöht, eine weitere Erhöhung ist jedoch anstrebenswert.

*Die Aktionsgemeinschaft fordert den **Ausbau von leistungsbezogenen Stipendien** und auch ausländische Studierende müssen einen Anspruch darauf haben.*

Themenschwerpunkt Internationalisierung

AktionsGemeinschaft – Die Europa Fraktion in der ÖH

Die Europäische Union umfasst mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten und setzt sich für die Anliegen von einer halben Milliarde Menschen ein. Die Arbeit auf europäischer Ebene betrifft mittlerweile viele Bereiche unseres täglichen Lebens, beeinflusst über 50% der nationalen Gesetzgebung und bietet den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Frieden, schafft Wohlstand und Stabilität im globalen Wettbewerb. **Auch Studierende sind EU-Bürgerinnen und EU-Bürger** und genießen daher alle Vorteile welche ein vereintes Europa für jede einzelne und jeden einzelnen mit sich bringt wie zum Beispiel Studienaustausch, keine Grenzen mehr in Europa, etc.

Durch **Bildungspolitik** auf europäischer Ebene sind Studierende und Universitäten direkt betroffen. Erasmus Austausch, Bologna Prozess, ECTS Punkte und der Europäische Hochschulraum sind nur ein Teil dessen, was in Europa entschieden wird und sich unmittelbar auf das Leben der Studierenden auswirkt.

Daher ist uns als AktionsGemeinschaft der Blick über Österreichs Grenzen hinaus wichtig, denn europäische Neuerungen bringen **nicht immer nur Vorteile** mit sich, sondern schaffen auch Probleme oder berücksichtigen oft die Interessen der Studierenden nicht. In **europäischen Hochschulverbänden** wie zB. der European Students Union, setzt sich die AktionsGemeinschaft daher für die Anliegen der Studierenden ein.

Die **AktionsGemeinschaft** vertritt die Interessen in Österreich und auf europäischer Ebene.

Bessere Bedingungen für Jungakademikerinnen und Jungakademiker am Europäischen Arbeitsmarkt

Die Europäische Union bietet den größten Binnenmarkt der Welt und eröffnet somit jeder Hochschulabsolventin und jedem Hochschulabsolventen **Zugang zum Europäischen Arbeitsmarkt**. Laut einer EUROBAROMETER Studie ist die Freiheit überall in der EU arbeiten zu können für junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren am wesentlichsten. Trotz dieses klaren Bekenntnisses gibt es noch immer massive Schwierigkeiten von Seiten der EU dieses Bedürfnis ansprechend zu erfüllen. Vor allem für Jungakademikerinnen und Jungakademiker ist der europäische Arbeitsmarkt als Raum der Forschung, Innovation und des Fortschritts von hoher Relevanz und immensem Interesse und wird in Zukunft noch mehr **an Bedeutung gewinnen**. Wir als AktionsGemeinschaft fordern daher jetzt Maßnahmen zu setzen, um dem Wunsch der Studierenden in Europa arbeiten zu können auch gerecht zu werden.

Die AktionsGemeinschaft fordert daher:

- *ein einheitliches System zur **Anerkennung von Studienabschlüssen** in ganz Europa.*
- ***Portability** von Sozialversicherungen und Pensionsansprüchen.*
- *Überprüfung von Studienplänen auf **Mobilität** und Europäische Dimension.*

- **Finanzielle Unterstützung** bei Verlegung des Arbeitsplatzes ins EU Ausland.
- den **Ausbau von Sprachangeboten** an den Universitäten und in den Studienplänen zur Steigerung der internationalen Qualifikation.
- **bessere Beratung** bei Verlegung des Arbeitsplatzes ins Ausland.
- den Ausbau von „Flexicurity“ nach dem Skandinavischen Modell um **Arbeitsplatzsicherheit und Jobchancen** zu erhöhen.
- Weg von der „Generation Praktikum“ und gerechtere Entlohnung verbunden mit **Anpassung der Lebensverdienstkurve** zu Gunsten von Jungakademikerinnen und Jungakademiker.

Anhang

Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH)

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH) ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und somit die gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden an den österreichischen Hochschulen. Jede/r Studierende ist Mitglied der ÖH.

Als studentische Interessensvertretung hat die ÖH Begutachtungsrecht bei der Entstehung von Gesetzen und somit ein Mitbestimmungsrecht sowie die Möglichkeit zur Einflussnahme auf alle das Studium betreffenden Bestimmungen.

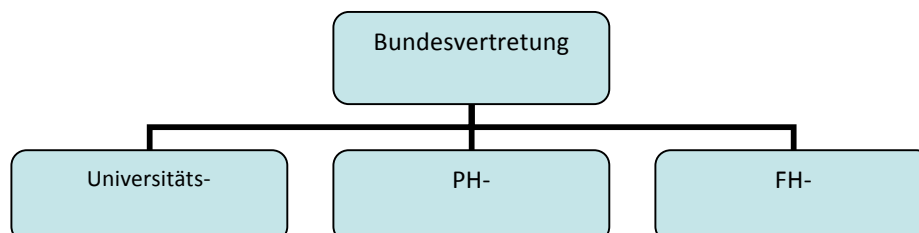
Darüber hinaus entsendet die ÖH Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertreter in die verschiedenen Universitäts- und Hochschulgremien, in ministerielle Kommissionen und andere Institutionen.

Wichtigste Schnittstelle zwischen den Studierenden und der ÖH sind die zahlreichen Serviceeinrichtungen der bundesweiten Studierendenvertretung an den Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften an den verschiedenen Universitäten, PHs und FHs.

Aufbau der ÖH

Der Aufbau der ÖH entspricht prinzipiell der Gliederung der Universität. Als bundesweite Studierendenvertretung fungiert die Bundesvertretung (BV), die universitätsweite Vertretung bildet die Universitätsvertretung (UV). Vertreten werden Studierende einer Fakultät in der Fakultätsvertretung (FV), Studierende einer Studienrichtung in der Studienvertretung (StV). Studierende an Pädagogischen Hochschulen werden durch die PH-Vertretungen repräsentiert, an Fachhochschulen gibt es hingegen Jahrgangssprecherinnen und Jahrgangssprecher, Studiengangssprecherinnen und Studiengangssprecher und als oberstes Vertretungsgremium an einer FH die Fachhochschul-Vertretung. Sowohl PH- als auch FH-Vertretungen entsenden wie die Universitätsvertretungen ihre Mandatarinnen und Mandataren in die Bundesvertretung.

Auf europäischer Ebene ist die ÖH Mitglied bei der European Students Union (ESU) und bei European Council of Doctoral Candidates and Young Researchers (EURODOC), die z.B. mit der Europäischen Union kommunizieren und am Bologna-Prozess mitarbeiten.



ÖH Wahlen

Alle zwei Jahre finden die Wahlen der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft statt. Alle Studierende können die Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertreter aller ÖH-Ebenen wählen:

Studienvertretung (StV)

Wahl von 3-5 Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Studienrichtung;
Persönlichkeitswahlrecht

Universitätsvertretung (UV)

Wahl einer Fraktion; die Anzahl der Mandate richtet sich nach der Anzahl der Hörerinnen und Hörer der Universität.

PH-Vertretungen

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen pädagogischen Hochschule;
Persönlichkeitswahlrecht

FH-Vertretungen

Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Fachhochschule;
Persönlichkeitswahlrecht (gewählt werden die Studiengangssprecher – diese wählen dann den od. die FH-Vertreter(in));

Bundesvertretung (BV)

Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aller Österreichischen Hochschulen. Die UVen, PH-Vertretungen und FH-Vertretungen entsenden analog der Größe ihrer Hochschule Mandatarinnen und Mandatare. Da es zusätzlich noch Listenverbände gibt, variiert die Größe der BV (in etwa sind es ab Juli 2009 80 Mandatarinnen und Mandataren).

Wer darf wählen?

Aktives Wahlrecht haben alle zur Fortsetzung genehmigten in- und ausländischen ordentlichen Studierenden.

Wer darf gewählt werden?

Passives Wahlrecht haben derzeit alle zur Fortsetzung genehmigten inländischen ordentlichen Studierenden.

Lebenslauf des Spitzenkandidaten

Persönliche Daten

Samir Al-Mobayyed

Diepoldplatz 5/26A

1170 Wien

Tel.: 0676/ 44 55 958

samir.al-mobayyed@aktionsgemeinschaft.at



Geburtsdatum: 26.1.1984

Geburtsort: Fürstenfeld

Staatsbürgerschaft: Österreich

Familienstand: Ledig

Ausbildung

Universitäre Ausbildung

Von Oktober 03 bis Juni 08 Diplomstudium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien
(Schwerpunktsetzung: Wirtschafts- und Unternehmensrecht, Europarecht und Erbrecht)

Seit Oktober 08 Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien

Präsenzdienst

02/03 Absolvierung des Grundwehrdienstes als Rettungssanitäter;
Dienstgrad: Gefreiter

Schulbildung

2002 Absolvierung der AHS – Matura am BG/BRG Fürstenfeld

1994-2001 Besuch des BG/BRG Fürstenfeld

1990-1994 Besuch der Volksschule in Fürstenfeld

Berufserfahrungen

Von Oktober 07 bis Oktober 08	juristischer Mitarbeiter bei RA Dr. Peter Stoff in Wien
Juli 06	Praktikum bei RA Dr. Norbert Stelzer, Verteidiger in Strafsachen in Fürstenfeld
seit August 05	geringfügige Beschäftigung bei RA Dr. Klaus Oblin, LL.M
Juli 05	Praktikum bei RA Dr. Norbert Stelzer, Verteidiger in Strafsachen in Fürstenfeld
Juni 05 bis Juni 06	geringfügige Beschäftigung bei RA Mag. Georg Kampas

Sprachkenntnisse

Englisch fließend, Arabisch fließend, Französisch Maturanivea

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Seit Juni 08	Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft
Von März 07 bis Mai 07	Bundesspitzenkandidat der AktionsGemeinschaft ÖH Wahl 07
März 06 bis März 07	Obmann der AktionsGemeinschaft Jus
Von März 06 bis März 09	Stellvertretender Obmann der AktionsGemeinschaft UniWien
Seit Oktober 05	Mitglied im Senat der Universität Wien
Von Juli 05 bis Juni 07	Stellvertretender Vorsitzender der Fakultätsvertretung Jus und gewählter Studienvertreter Jus Diplom
Oktober 04 bis März 06	Generalsekretär der AktionsGemeinschaft Jus
Oktober 04 bis Oktober 06	Sozialsprecher der Fakultätsvertretung Jus

Bundesvorstand der AktionsGemeinschaft

Der Bundesvorstand ist für die Geschäftsführung, für die Öffentlichkeitsarbeit, Koordination der Interessen und für die inhaltliche Abstimmung der AG zuständig. Die AG besteht aus 14 Uni – Gruppen die für Dich vor Ort an deiner Universität aktiv sind.

Wir definieren unsere Tätigkeit über die Nähe zu den Studierenden. Engagement für Studienvertretungen ist für uns kein Fremdwort, wie für manch andere Fraktion, dies ist eine Selbstverständlichkeit. Unsere Stärke gewinnen wir durch die Nähe zu den Studierenden und sehen unsere Aufgabe in der Vertretung der Interessen der Studierenden gegenüber Professoren, Rektoren, Ministerien und Medien. Durch unsere föderale Struktur unterscheiden wir uns deutlich von anderen Fraktionen in der Österreichischen Hochschülerschaft und sind dadurch direkt an den Problemen von unseren Kolleginnen und Kollegen an der jeweiligen Universität bzw. Fakultät dran



Norbert Köck

Bundesobmann

norbert.koeck@aktionsgemeinschaft.at



Wolfgang Grenzfurtner

Generalsekretär

wolfgang.grenzfurtner@aktionsgemeinschaft.at



Markus Langthaler

Fraktionssprecher

markus.langthaler@aktionsgemeinschaft.at



Shireen Sarwari

Finanzreferentin

shireen.sarwari@aktionsgemeinschaft.at

Peter Schweinberger

Pressesprecher

peter.schweinberger@aktionsgemeinschaft.at; 0676/88 87 52 05

Ergebnisse der ÖH Wahlen 2007

Auf den folgenden Seiten ist eine Ergebnisauflistung der ÖH Wahlen 2007 auf den einzelnen Universitäten und das Gesamtergebnis zu finden.

Universität Wien

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate		BV-Mandate			
	2007	2005	2005	2007	2005	2007	2005		
GRAS	4636	31,96%	5898	37,43%	-5,47%	11	11	+0	
AG	3289	22,67%	3069	19,46%	+3,20%	8	6	+2	
ISSA	3281	22,62%	3790	24,05%	-1,43%	7	7	+0	
KSV	604	4,16%				1		+1	
LSF	396	2,73%	701	4,46%	-1,72%		1	-1	
KJO	290	2,00%							
BIER	289	1,99%	226	1,43%	+0,56%				
RFS	275	1,90%	238	1,51%	+0,39%				
RAUCH	242	1,67%							
MuKuS	233	1,61%							
BAGRU	232	1,60%							
PIRATEN	219	1,51%							
LUST	201	1,39%	440	2,79%	-1,41%				
JES	200	1,38%							
S.O.S.	118	0,81%							
KSV			1366	8,85%		2	-2	1	-1
	14505		16757			27	27	15	14

Wirtschaftsuniversität Wien

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate		BV-Mandate			
	2007	2005	2005	2007	2005	2007	2005		
AG	3537	66,82%	2741	52,10%	+14,72%	13	8	+5	
ISSA	779	14,72%	1041	19,79%	-5,07%	2	3	-1	
GRAS	613	11,58%	926	17,60%	-6,02%	2	3	-1	
LSF	195	3,68%	355	6,75%	-3,06%		1	-1	
RFS	88	1,66%	89	1,69%	-0,03%				
KSV	65	1,23%							
DKT	16	0,30%							
KSV			109	2,07%	-2,07%				
	5293		5261			17	15	4	4

Medizinische Universität Wien

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate		BV-Mandate			
	2007	2005	2005	2007	2005	2007	2005		
OMU	1910	73,49%	1715	61,88%	+11,51%	9	9	+0	
ISSA	515	3,55%	864	31,23%	-27,67%	2	4	-2	
LSF	58	0,40%	150	5,42%	-5,02%				
KSV	44	0,30%							
RFS	31	0,21%	38	1,37%	-1,16%				
ALL	27	0,19%							
S.O.S.	14	0,10%							
	2599		2767			11	13	2	2

BOKU Wien

Fraktion	Stimmen					UV-Mandate			BV-Mandate		
	2007		2005			2007	2005	2007	2005	2007	2005
AG	802	41,66%	616	37,65%	+4,01%	5	4	+1	1	+1	
GRAS	757	39,32%	663	40,53%	-1,20%	4	4	+0	1	-1	
FLO	155	8,05%	137	8,37%	-0,32%		1	-1			
LSF	59	3,06%	60	3,67%	-0,60%						
OKO	52	2,70%	109	6,66%	-3,96%						
RFS	40	2,08%									
KSV-KJO	38	1,97%									
KSV-LIJ	22	1,14%									
KSV			51	3,12%							
	1925		1636			9	9		1	1	

TU Wien

Fraktion	Stimmen					UV-Mandate			BV-Mandate		
	2007		2005			2007	2005	2007	2005	2007	2005
FLO	1983	45,70%	2048	42,98%	+2,72%	8	8	+0	3	2	+1
GRAS	692	15,95%	1004	21,07%	-5,12%	2	3	-1	1	1	+0
ISSIO	579	13,34%	862	18,09%	-4,75%	2	3	-1	1	-1	
AG	463	10,67%	415	8,71%	+1,96%	2	1	+1			
TU-BASIS	234	5,39%				1		+1			
PIRATEN	156	3,60%									
KSV-KJO	122	2,81%									
LSF	96	2,21%	251	5,27%	-3,06%						
S.O.S.	14	0,32%									
KSV			129	2,71%							
LIDEWA			56	1,18%							
	4339		4765			15	15		4	4	

Veterinärmedizinische Universität Wien

Fraktion	Stimmen					UV-Mandate			BV-Mandate		
	2007		2005			2007	2005	2007	2005	2007	2005
AVE	503	66,01%	339	43,97%	+22,04%	7	4	+3	1	+1	
AK	172	22,57%	350	45,40%	-22,82%	2	5	-3	1	-1	
ISSIO	36	4,72%	54	7,00%	-2,28%						
VUS	27	3,54%									
RFS	16	2,10%	28	3,63%	-1,53%						
LSF	8	1,05%									
	762		771			9	9		1	1	

Universität Graz

Fraktion	Stimmen				UV-Mandate			BV-Mandate			
	2007		2005		2007	2005		2007	2005		
FLUG	1764	32,30%	1082	21,16%	+11,11%	6	4	+2	2	1	+1
AG	1170	21,42%	855	16,74%	+4,68%	4	3	+1	1	1	+0
GRAS	1149	21,04%	1465	28,68%	-7,64%	4	6	-2	1	1	+0
RESO	663	12,14%	840	16,44%	-4,31%	2	3	-1		1	-1
KSV-KJÖ	304	5,57%				1		+1			
RFS	265	4,85%	154	3,01%	+1,84%						
LSF	87	1,59%	62	1,21%	+0,38%						
BAGRU	60	1,10%									
KSV			297	5,61%			1	-1			
BCS			56	1,10%							
DUST			28	0,55%							
RESO			94	1,84%							
GGG			175	3,43%							
	5462		5108			17	17		4	4	

Medizinische Universität Graz

Fraktion	Stimmen				UV-Mandate			BV-Mandate			
	2007		2005			2007	2005		2007	2005	
GRAS	440	36,36%	475	38,65%	-2,29%	4	4	+0	1	1	+0
AG	383	31,65%	324	26,36%	+5,29%	3	3	+0			
RESO	207	17,11%	208	16,76%	+0,35%	2	2	+0			
KSV-KJÖ	85	7,02%									
RFS	62	5,12%	55	4,48%	+0,65%						
BAGRU	33	2,73%									
LUES			86	7,00%	-7,00%						
KSV			73	5,94%	-5,94%						
LSF			10	0,81%	-0,81%						
	1210		1229			9	9		1	1	

Technische Universität Graz

Fraktion	Stimmen				UV-Mandate			BV-Mandate			
	2007		2005			2007	2005		2007	2005	
FLO	1385	52,78%	1359	51,56%	+1,23%	8	6	+2	2	2	
GRAS	342	13,03%	560	21,24%	-8,21%	1	2	-1			
AG	320	12,20%	241	9,14%	+3,05%	1	1	+0			
RESO	292	11,13%	389	14,76%	-3,63%	1	2	-1			
RFS	115	4,38%	87	3,30%	+1,08%						
KSV-KJÖ	115	4,38%									
LSF	55	2,10%									
	2624		2636			11	11		2	2	

Universität Linz

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate				
	2007		2005	2007	2005		2007	2005			
AG	1078	27,40%	874	20,42%	+6,98%	4	3	+1	1	1	+0
ÖSU	1007	25,59%	1071	25,02%	+0,57%	3	4	-1	1	1	+0
ISSIG	800	20,33%	1009	23,57%	-3,24%	3	3	+0	1	1	+0
GRAS	528	13,42%	711	16,61%	-3,19%	2	2	+0			
NO-MAAM	379	9,63%	501	11,70%	-2,07%	1	1	+0			
RFS	69	1,75%									
KSV-KJO	50	1,27%									
KSV-LILI	24	0,61%									
LSF			44	1,03%	-1,03%						
FS			71	1,69%	-1,69%						
	3935		4281			13	13		3	3	

Universität Salzburg

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate				
	2007		2005	2007	2005		2007	2005			
GRAS	938	31,75%	979	40,21%	-8,45%	5	5	+0	1	1	+0
ISSIG	721	24,41%	736	30,23%	-5,82%	4	4	+0	1	1	+0
AG	514	17,40%				3		+3	1		+1
UNL	230	7,79%	288	11,83%	-4,04%	1	1	+0			
KSV-KJO	139	4,71%									
RFS	133	4,50%	98	4,02%	+0,48%						
PIRATEN	123	4,16%									
LSF	92	3,11%	196	8,05%	-4,93%		1	-1			
DEUTSCHL	51	1,73%									
S.O.S.	13	0,44%									
KSV			138	5,67%	-5,67%						
	2954		2435			13	11		3	2	

Montanuniversität Leoben

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate				
	2007		2005	2007	2005		2007	2005			
AG	328	37,47%	402	50,63%	-13,16%	4	5	-1	1	1	+0
FLO	248	28,51%				3		+3			
ISSIG	163	18,74%	243	30,60%	-11,87%	1	3	-2			
RFS	133	15,29%	149	18,77%	-3,48%	1	1	+0			
	870		794			9	9		1	1	

Universität Klagenfurt

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate				
	2007		2005	2007	2005		2007	2005			
ISSIG	498	29,19%	565	25,52%	+3,67%	3	2	+1	1		+1
PLUS	426	24,97%	642	29,00%	-4,03%	3	3	+0	1	1	+0
AG	297	17,41%	241	10,89%	+6,52%	2	1	+1			
GRAS	268	15,71%	596	26,92%	-11,21%	1	3	-2		1	-1
ÖB	127	7,44%	170	7,68%	-0,23%						
RFS	63	3,69%									
KSV-KJO	15	0,88%									
KSV-LILI	12	0,70%									
	1706		2214			9	9		2	2	

Universität Innsbruck

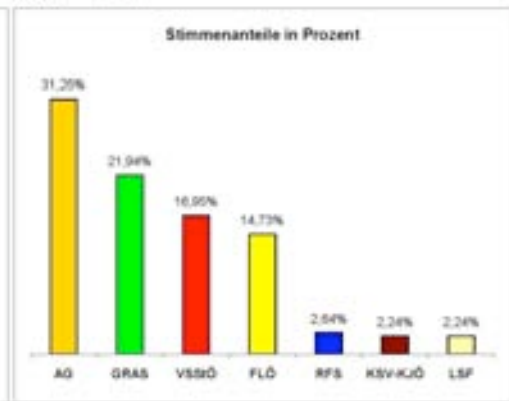
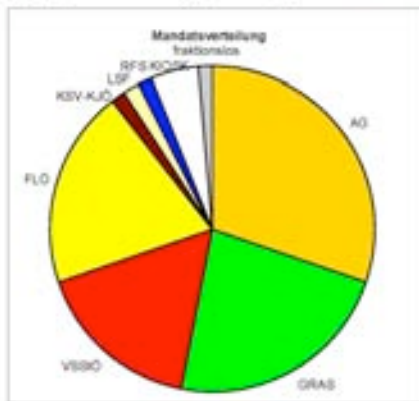
Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate		
	2007	2005	Differenz	2007	2005	Differenz	2007	2005	Differenz
AG	2139	1776	+12,28%	9	5	+4	2	2	+0
GRAS	1625	1477	+7,10%	6	4	+2	2	1	+1
VSSBO	693	1277	-8,24%	2	4	-2	1	1	-1
LSF	219	361	-2,21%	1	1	-1			
RFS	179	98	+1,91%						
KSV-LILI	95								
PFIF		500	-8,71%		1	-1			
KSV		165	-2,87%						
PFIF		67	-1,17%						
Gesamt	4950	5741		17	15		4	4	

Medizinische Universität Innsbruck

Fraktion	Stimmen			UV-Mandate			BV-Mandate		
	2007	2005	Differenz	2007	2005	Differenz	2007	2005	Differenz
AG	912	799	+4,94%	7	7	+0	1	1	+0
GRAS	239			2		+2			
VSSBO	106	294	-16,13%	0	2	-2			
RFS	22	29	-0,69%						
LSF		82	-6,81%						
Gesamt	1279	1204		9	9		1	1	

OH Wahlen 2007

	Mandate in der Bundesvertretung				Stimmen Bundesweit				Stimmenanteil			
	2007	2005	Differenz		2007	2005	Differenz		2007	2005	Differenz	
AG	20	14	+6		17543	14407	+3236		31,25%	24,70%	+6,54%	
GRAS	15	14	+1		12390	14754	-2364		21,94%	25,30%	-3,36%	
VSSBO	11	16	-5		9573	12341	-2768		16,95%	21,16%	-4,21%	
FLO	13	11	+2		8315	7783	+532		14,73%	13,36%	+1,38%	
RFS	1	1	+0		1491	1053	+438		2,64%	1,82%	+0,82%	
KSV-KJO	1	n.k.	+1		1267	n.k.			2,24%	n.k.		
LSF	1	1	+0		1265	2292	-1027		2,24%	3,93%	-1,69%	
KSV	n.k.	1	-1		n.k.	237			n.k.	0,4%		
KROSK	3	4	-1									
fraktionslos	1		+1									
Gesamt	66	63	+3		56464	58317						



Kandidaturen der Aktionsgemeinschaft 2009

Die Aktionsgemeinschaft kandidiert an folgenden Universitäten:

- Boku-Wien
- Uni-Wien
- TU-Wien
- WU-Wien
- Med-Wien
- Uni-Linz
- Uni-Salzburg
- Uni-Innsbruck
- Med-Innsbruck
- Uni-Graz
- Med-Graz
- TU-Graz
- Montanuni-Leoben
- Uni-Klagenfurt